## Stadtverordnetenversammlung Stadt Cottbus / město Chóśebuz



## **Antrag**

Antrags-Nr.: AT- 29/25

⊠ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Antragsteller: Fraktion CDU/FW Antragsdatum: 06. Juni 2025

Antragsteller: Fraktion CDU/FVV		Antragsdatum:	Jo. Juni 2025	
Beratungsfolge:	Datum		Datum	
<ul> <li>□ Dienstberatung Oberbürgermeister</li> <li>□ Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturentwicklung</li> <li>□ Ausschuss für Bildung, Sport, Kultur und sorbisch/wendische Angelegenheiten</li> <li>□ Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Rechte für Minderheiten</li> <li>□ Ausschuss für Bau und Verkehr</li> </ul>	Datum	<ul> <li>□ Ausschuss für Haushalt und Finanzen</li> <li>☑ Hauptausschuss</li> <li>☑ Stadtverordnetenversammlung</li> <li>□ Beteiligung Ortsbeiräte nach KVerf</li> <li>□ Information an AG Ortsteile</li> </ul>	18.06.2025 25.06.2025	
Ausschuss für Umwelt, Ordnung, Sicherheit		Jugendhilfeausschuss		
Antragsgegenstand:  Verlängerung des Stopps neuer externer Ausschreibungen zur Besetzung von freien Stellen in der Stadtverwaltung				
Inhalt des Antrages:				
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:				
Der bis Ende Juni 2025 verfügte Stopp neuer externer Ausschreibungen zur Besetzung von freien Stellen in der Stadtverwaltung wird bis zum Jahresende 2025 verlängert. Folgende Ausnahmen sind zulässig:				
1. Externe Ausschreibungen und Besetzungen von Stellen, die mindestens zu 90% drittfinanziert sind und deren Nichtbesetzung unmittelbar zu entsprechenden Mindereinnahmen führen				
2. Externe Ausschreibungen und Besetzungen von bis zu 20 Stellen bis zum Jahresende über die unter 1. genannten Stellen hinaus für vom Oberbürgermeister identifizierte besondere Bedarfe.				
3. Die Ausnahmen sollen nur für "pflichtige Aufgaben und betriebsnotwendige Aufgaben" zur Anwendung kommen. Für "freiwillige Aufgaben" gilt der Ausschreibungsstopp vollumfänglich weiter.				
Fraktionsvorsitzender CDI I/FW				

Antragsnummer AT- 29/25

<u>Beschlussniederschrift</u>	Beschluss-Nr.:
Gremium: HA StVV	Tagung am: TOP:
einstimmig mit Stimmenmehrheit	Anzahl der <b>Ja</b> -Stimmen:
☐ laut Beschlussvorschlag	Anzahl der <b>Nein-</b> Stimmen:
mit Veränderungen (siehe Niederschrift)	Anzahl der <b>Stimmenthaltungen</b> :

## Begründung:

Die Herausforderungen im städtischen Haushalt erfordern neben Einnahmenerhöhungen auch Ausgabensenkungen. Die Personalkosten stellen einen der größten Ausgabenblöcke dar. Um den bereits anvisierten Stellenabbau zu beschleunigen, Einsparungen bei den Personalkosten frühzeitig zu erzielen und den Druck hoch zu halten, bei Minder- und Nichtleistern die im Arbeitsrecht vorgesehenen Sanktionsmöglichkeiten zu nutzen, soll der bis Ende Juni 2025 verfügte Stopp neuer externer Ausschreibungen zur Besetzung von freien Stellen in der Stadtverwaltung bis zum Jahresende 2025 verlängert werden.

Es wird somit Aufgabe der hauptamtlichen Verwaltung sein, das vorhandene Personal unter Nutzung bekannter Mechanismen wie bspw. Stellenumwandlungen, interne Ausschreibungen, Direktionsrechte etc. so flexibel einzusetzen, dass die Erfüllung der Aufgaben noch gewährleistet wird.

Für Stellen, die zu mind. 90 % durch Dritte finanziert sind (Fördermittel, "kostenrechnende Einheiten" etc.), soll die im Beschlussvorschlag aufgeführte Ausnahme gelten. Allerdings muss die Drittfinanzierung auch abhängig von der Stellenbesetzung sein, d.h., die Drittfinanzierung muss bei Nichtbesetzung in entsprechender Höhe automatisch sinken.

Dies wäre z.B. nicht gegeben, wenn die Stadt für bestimmte Aufgaben Pauschalen o.ä. erhält und diese auch bei Nichtbesetzung der Stellen weiterhin gleich hoch bleiben würden. Da es punktuell besondere Bedarfe für externe Ausschreibungen geben kann, die seitens der ehrenamtlichen Verwaltung nicht vorab abschließend beschrieben/eingegrenzt werden können, wird der Oberbürgermeister ermächtigt, im eigenen Ermessen über die zuvor genannte Ausnahme hinaus externe Ausschreibungen und bis zu 20 externe Stellenbesetzungen durchzuführen.